

# Uppsala am Vorabend des zweiten Entwicklungsjahrzehntes

Erwägungen im Anschluß an Sektion III

VON KLAUS LEFRINGHAUSEN

## A. Uppsala als ökumenische Bekenntnissynode

„Weltpolitische Abstinenz ist Häresie, ist Verrat am Christentum.“ Mit diesem Bekenntnis versuchte die ökumenische Christenheit in Uppsala die unerträgliche Spannung zwischen dem Leitwort „Siehe, ich mache alles neu“ und den schwindenden Überlebenschancen ganzer Regionen zu beantworten. Wenn 25 Millionen Menschen jährlich an Hunger und einseitiger Ernährung lautlos dahinsterven, dann erscheinen scheiternde Welthandelskonferenzen wie eine Neuauflage der Schreibtischmorde, deren man unversehens schuldig wird, dann steht man wieder unmittelbar vor häretischen Lehren, die auf ähnliche Weise im Dritten Reich zur Barmer Bekenntnissynode geführt haben, und dann wird Uppsala als weltweite, ökumenische Bekenntnissynode Hoffnung und Auftrag zugleich.

Diese allgemeine Aufbruchstimmung in Uppsala wies auf die durchaus reale Möglichkeit hin,

- daß es ein grenzenloses Christsein gibt, das nicht nur der eigenen Gruppe, sondern allen Menschen verpflichtet ist, daß also der Glaube die soziologische Begrenzung der Verantwortung sprengt;
- daß das Christsein ein Angebot ist, die Verkrampfung in Interessenverhaftung durch Einübung neuer Horizonte zu lösen;
- daß der Glaube Offenheit für fremdartige Kulturen schenkt und so zur wachsenden Nachbarschaft der Kontinente beiträgt;
- daß der Glaube die Überwindung ideologischer Todesstreifen auf unserer Erde intendiert, wenn nicht gar leistet;
- daß das Christsein den kraftvollen Impetus dafür abgibt, verhärtete innenpolitische Strukturen nicht als Schicksal auszuhalten, sondern zur anstehenden wirtschaftlichen Partnerschaft mit den Entwicklungsländern zu öffnen;
- daß der Glaube Öffentlichkeitscharakter hat und einem entwicklungsfeindlichen politischen Meinungsklima nachhaltig widerspricht;
- daß der Glaube auch die Ortsgemeinden und ihre Strukturen durch überdimensionale Aufgaben heilsam zu entprovinzialisieren vermag;



— daß das Bekenntnis: „Ich glaube an Gott, den Schöpfer Himmels und der Erden“, nicht mehr gilt, wenn Gott regionalisiert, provinzialisiert wird, wenn also der Schöpfer Himmels und der Erden zu einem Wohlstandsgott der Industrienationen reduziert wird.

Wenn das Christentum noch reformationsfähig ist, dann durch das Angebot neuer Horizonte, durch rigorose Entgrenzung im Zuge überdimensionierter Herausforderungen. Überdimensioniert ist der Hunger auf dieser Erde. Er fragt, er droht, er wächst, er greift um sich, er geistert, er wird dynamisch, er wird national, er wird politisch, er zerreißt die Erde.

Während vor allem die Satten auf der Erde beten: „Unser täglich Brot gib uns heute“, bewegen sich arme und reiche Kontinente auf der kleiner werdenden Erde wie Planeten aufeinander zu, die sich auf Kollisionskurs befinden. 40 Mrd. Menschen könnten die Ernährungswissenschaftler ernähren, doch der politische Wille der Menschen einschließlich der Christen ist zu schwach, um schon bei einer Weltbevölkerung von 3 Mrd. Menschen die jährlich 25 Millionen Opfer des Hungers zu retten. Die Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Uppsala war jedoch einer der großen Entwicklungsschübe für die weltweite Mitverantwortung der ökumenischen Christenheit. Um zwei Hauptaufgaben ging es der Sektion in Uppsala, die mit der Entwicklungspolitik befaßt war:

1. Sammlung des verfügbaren, strategischen Wissens;
2. Umsetzung weltwirtschaftlicher Fakten in politische Energien.

Beide Funktionen sind durchaus gleichgewichtig. Ohne strategisches Wissen bleibt ein nur kurzatmiger Gestaltungsoptimismus und eine mehr oder weniger stürmisch drängende Entwicklungsromantik. Deshalb hat M. Mead 1966 in Genf den Kirchen zugerufen: „Unwissenheit ist in einer Zeit, in der Wissen verfügbar ist, Sünde — und für diese Sünde ist die Kirche besonders anfällig.“ Ohne umfassendes strategisches Wissen ist die Gefahr des nur punktuellen und damit oft entweder belanglosen oder gar entwicklungsstörenden Engagements kaum vermeidbar. Deshalb war Uppsala eine Einladung, Leidenschaften für politische Aktionen durch eine Leidenschaft für systematisches Wissen zu ergänzen.

Eine Leistungsbilanz dieser Vollversammlung kann gerechterweise nicht anders als mit der belastenden Spannung des ihr eingebauten Zielkonfliktes einsetzen. Diese „Weltkonferenz der kirchlichen Hierarchie“ stand, anders als die Fachkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf, zunächst unter dem Zeichen der Wissensaneignung. Deshalb wurde zunächst nach dem in der Erwachsenenbildung bewährten pädagogischen Rezept: Lernen durch Neuformulieren gearbeitet. Eine solche pädagogische Abzweckung bedeutet, daß möglichst alle, insbesondere die bislang entwicklungspolitisch Unbeteiligten, sich an diesem Lernprozeß beteiligen. Genau das jedoch wird man zu vermeiden suchen, wenn die Kirche sich gerufen weiß, durch qualifizierte Sachbeiträge die Welt



davon zu benachrichtigen, wie die Weltsituation zu definieren sei. Ziel 1 und 2 widersprechen sich teilweise durch unterschiedliche Qualitätsanforderungen. Bei Ziel 1 hat jeder ein Mitspracherecht, wenn die pädagogische Absicht nicht gefährdet werden soll. Die überlegene Sachkenntnis der Experten wirkt pädagogisch geradezu belastend. Ein solches pädagogisch bemessenes Anforderungsniveau jedoch macht Ziel 2 illusorisch. Die skeptische Welt wird das Faktum der schon fast chronisch beanstandeten Irrelevanz kirchlicher Aussagen zu politischen Fragen aufs neue bestätigt sehen, wenn die Sachaussage von geringem Informationsniveau zeugt. Anspruch und weltpolitisches Gewicht solcher Weltkonferenzen klaffen wegen des eingebauten Zielkonfliktes beachtlich auseinander — ein Befund, der um der Zukunft der Ökumene willen zwar nicht hier, aber doch im Strukturausschuß unbedingt auszudiskutieren wäre.

Eines der wesentlichen Ziele der Vollversammlung sollte die theologische Vertiefung der Ergebnisse der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf sein. Seit Genf fühlte sich so mancher in seinem theologischen Gehäuse nicht mehr sicher. Doch in Uppsala wurde im wesentlichen im leicht pragmatisch-progressiven Stil von Genf weitergedacht. Dogmatische Konzeptionen waren nicht gefragt. Neben biblischen Aussagen zur Weltverantwortung wurden sehr oft völkerrechtliche Imperative zitiert, um die neue Nachbarschaft der Kontinente zu regeln. Aber trotz der scheinbar zeitnahen völkerrechtlichen Ausgangsposition blieb dem Beobachter das Unbehagen des unrealistisch Phrasenhaften. So wurde zum Beispiel das Selbstbestimmungsrecht der Völker beschworen, doch niemand machte die Entwicklungsländer mit der tragischen Wahrheit vertraut, daß sie politische Souveränität in einem Augenblick erlangten, in dem die Phase der Selbstbestimmung wegen der weltweiten Interdependenz faktisch schon zu Ende war. Selbst ein Selbstbestimmungsanspruch der Industrienationen, auch der de Gaulle's, ist heute nicht mehr durchsetzbar und deshalb anachronistisch. Ebenso war die durchaus gut gemeinte Kombination von Abrüstungs- und Entwicklungspolitik nur schwach begründet, wenn auch die Frage, ob eine Reduzierung der Rüstungsetats uns nicht wesentlich schneller an die Atomschwelle heranführt, ausblieb. Aber schon ist man wieder geneigt, unrealistische Leistungsmaßstäbe an die Konferenz anzulegen. Es gibt eine komplizierte und ausgebaute Abrüstungswissenschaft, die Weltliteratur über Entwicklungspolitik, Rassenprobleme, Kapitalismus- bzw. Sozialismuskritik füllt jeweils ganze Bibliotheken. Und trotzdem muß eine Weltkonferenz das Recht haben, zu all dem Zielvorstellungen zu definieren, ohne jeweils Anschluß an die Fachdiskussion gefunden zu haben.

Die grundlegende weltwirtschaftliche Neuordnung ist, darin stimmten alle Teilnehmer überein, nur durch ständigen und beharrlichen Druck erreichbar. Die Vollversammlung würde sich allerdings mißverstanden fühlen, wollte man ihren



weltwirtschaftspolitischen Forderungen konkrete Handlungsanweisungen entnehmen. Niemand war, zumal in der leicht emotional aufgeladenen Atmosphäre der Sektionsarbeiten, in der Lage, rechnerisch Auswirkungen und Widerspruchsfreiheit der Beschlüsse zu überprüfen, um dann Realisationen verantworten zu können. Die Beschlüsse zur Weltwirtschaftspolitik sollen nichts anderes darstellen als Denkrichtungen, die anzeigen, daß und wie man die Hauptprobleme gesehen und gedeutet hat.

#### *B. Von der Entwicklungshilfe zur Handelshilfe*

Die kirchlichen Hilfeleistungen, insbesondere von „Brot für die Welt“, waren und sind für die Gemeinden ein wertvolles Instrument, ihre Mitverantwortung für das Schicksal der Hungernden deutlich hörbar zu artikulieren. Der Charakter dieser Hilfe hat sich nach und nach gewandelt. Karitative Hilfe ist mehr und mehr strukturelle Hilfe geworden. Uppsala hat gezeigt, daß nun auch der dritte Schritt fällig und möglich ist. Es geht um zielsichere Einflußnahme auf die weltwirtschaftliche Entwicklung. Sie gehört zu den übermächtigen Hauptverursachern der Not. Deshalb ist die Formel: „Trade, not aid“ das *ceterum censeo* der Entwicklungsländer; und auch Kaunda, der Präsident von Zambia, hat in Uppsala die Kirchen aufgefordert, sich nicht so sehr an den Prozentzahlen kirchlicher oder staatlicher Hilfe festzubeißen, sondern die Hauptaufmerksamkeiten dem Hauptproblem, nämlich der Weltwirtschaft, zu widmen. Kaunda will keineswegs für eine Beendigung der Entwicklungshilfe zugunsten einer Handelshilfe plädieren. Es handelt sich nämlich nicht um Alternativen, sondern um eine Ergänzung, um eine Reorientierung des entwicklungspolitischen Denkens, die sich in der ganzen Welt vollzieht und, wie Uppsala zeigte, auch vor den Türen der Kirchen nicht haltgemacht hat. Deshalb formulierte die Sektion: „Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen stöhnen unter der Last schwerer Ungerechtigkeit, aber wir verzweifeln nicht, weil wir wissen, daß wir uns nicht in den Fängen eines blinden Schicksals befinden.“ Wenig später heißt es dann: „Der Tod des Alten mag einigen schmerzlich sein, doch das Unvermögen, eine neue Weltgemeinschaft aufzubauen, kann allen den Tod bringen“ (Sektionsberichte, S. 46). Nicht ohne Grund rufen namhafte Weltwirtschaftler nach der politischen Energie der Christen, und auch die Landlosen, die Machtlosen, die Hoffnungslosen, die Ausgestoßenen, die weltwirtschaftlich Diskriminierten, das „externe Proletariat“ warten auf ein ergänzendes politisches Engagement der Christen, um die Hilfeleistungen nicht als internationale Armenpflege umdeuten zu müssen. Deshalb hatte schon die Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf formuliert: „Gott kümmert sich um Probleme wie Liquidität, Handelsbestimmungen, Zölle und Infrastrukturentwicklungen. Anders zu denken oder zu handeln bedeutet, eine falsche Dichotomie zu schaffen und zu versuchen, Gott in einem



kirchlichen System getrennt von der Welt, für deren Rettung er starb, gefangen-zuhalten.“

Diese Stoßrichtung ethischen Denkens wurde von den Kirchen der Ökumene einschließlich der Orthodoxen in Uppsala voll und ganz aufgenommen und bestätigt.

### *C. Christen können alles gefährden*

Das Gegenteil von „gut“ heißt nicht immer „böse“, sondern gewöhnlich „gut gemeint“. Gut gemeint sind viele christliche Aktionen, die — vielleicht geblendet vom guten Willen — nicht ahnen können, welchen Schaden sie anrichten.

Zu den ganz großen Gefahren, gegen die wir uns leidenschaftlich zu stemmen haben, gehören die der Ressentiments. Wenn wir, was gerade auch im kirchlichen Bereich oft sehr lautstark anzutreffen ist, von Ressentiments gegen die Gesellschaft leben und wenn die Entwicklungspolitik dazu herhalten muß, diese Ressentiments zu artikulieren, dann geben wir dem gesamten Bemühen das Image politischen Sektierertums. Das Schicksal der versuchten Atomächtung sollte eine nachhaltige Warnung sein. Jeder, der nicht sich selbst und andere bewahrt vor diesem versuchlichen Fehlweg, wird mitschuldig an Millionen Toter, die geopfert werden, weil die öffentliche Meinung blockiert wurde. Von Ressentiments motivierte Aktionen sind nicht weniger entwicklungsstörend wie ein national- bzw. gruppenegoistisches Wirtschaftsverhalten. Auch rein konfessionell bestimmte Aktionen werden von der öffentlichen Meinung in der Regel als negative Auslese aufgefaßt. Deshalb hat Uppsala nicht zu Unrecht außerordentlichen Wert auf eine intensive Kooperation zwischen der Ökumene und der katholischen Kirche gelegt und gefordert, auch auf nationaler Ebene gemeinschaftlich in Entwicklungsfragen aufzutreten. Nicht die aggressiven Ressentiments sind dazu angetan, die öffentliche Meinung heil werden zu lassen, sondern nur Gruppen zielbewußter Christen und Nichtchristen, die der Gesellschaft über sich selbst hinaus helfen. Deshalb wird auch nicht Gewalt den notwendigen Strukturwandel bei uns einleiten, sondern vielmehr Witz, Phantasie und Verwegenheit. Auf keinen Fall jedoch dürfen wir mit unserer Hilfe so tun, als sei die Entwicklungsproblematik ein nur externes Problem. „Die Hilfe für die Dritte Welt stellt hier, ebenso wie die Revolte unserer Jugend, gleichzeitig die Struktur unserer Institutionen und den uns vertrauten Zivilisationstyp in Frage.“ In der wirtschaftlich und psychisch schwierigsten Lage wird in den nächsten Jahren die Landwirtschaft sein. Deshalb ist es etwas unbarmherzig und auf jeden Fall für einen Landwirt, der seinen Hof verlassen mußte, nicht so recht einsehbar, wenn in Uppsala etwas verständnislos formuliert wurde: „Die Reichen schirmen sich heute mit Zöllen und Einfuhrquoten ab, um Exporte der Dritten Welt in ihre Gebiete zu verhindern“ (Sektionsberichte, S. 41). Wir brau-



chen eine gruppenspezifische Seelsorge für die vom Strukturwandel besonders Betroffenen. Dazu würde auf jeden Fall gehören, diese nicht so ohne weiteres als „die Reichen“ zu bezeichnen.

Die andere, fast entgegengesetzte Gefahr ist die, daß wir durch unpolitische Motivationen die Abstinenz vom eigenen Strukturwandel fördern und Entwicklungspolitik zu einem nur externen Problem machen. Vor dieser quietistischen Fehldeutung der Weltprobleme haben wir ebenso deutlich zu warnen wie vor den Ressentiments. Wenn die EKD-Synode einen bis zu 5% anwachsenden Prozentsatz des Steueraufkommens für entwicklungspolitische Aufgaben verfügbar macht, dann gehört zu diesen Aufgaben ein — die Worte sind mit Bedacht gewählt — kommunikationssoziologisch qualifizierter Beitrag der Kirche, die Gesellschaft zur Selbstaufklärung zu befähigen. Das Geld nur aufzubringen und abzuführen, wäre zu wenig und würde bedeuten, an entscheidenden Aufgaben vorbeizudenken.

In den wirtschaftlich bedeutsamen innenpolitischen Fragen kommen nämlich die Interessen der Entwicklungsländer nicht zum Zuge, weil sie innenpolitisch nur schwer oder gar nicht organisierbar sind. Unsere Gesellschaft ist auf Selbstorganisation der Interessen angelegt. Macht begrenzt Macht, Interesse begrenzt Interesse. Die berechtigte Frage der Studenten ist doch die, ob eine Gesellschaft moralische Qualität besitzt, wenn nicht auch Wahrheit Macht begrenzen kann. Damit ist eine entscheidende Konstruktionsschwäche unserer Gesellschaft aufgedeckt, die die Christen zum Engagement herausfordert und sie auch zur „Entwicklungspolitik im eigenen Land“ zwingt.

#### *D. Christliche Stoßtrupps*

Deshalb forderte die Beiruter Konferenz für weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen die Bildung von Stoßtrupps entschlossener und zielbewußter Christen, und in Uppsala drehten sich die intensiven Gruppen-, Pausen- und Nachtgespräche immer wieder um den Aufgabenkatalog solcher Stoßtrupps. Zur notwendigen Qualität dieser Stoßtrupps wurde gesagt,

- daß es informelle, nach regionalen und /oder sachlichen Gesichtspunkten zusammengesetzte Gruppen zielbewußter Christen sein sollten, von denen
- Mitglieder Einfluß auf die entscheidenden informativen, politischen und ökonomischen Schaltstellen der Gesellschaft besitzen sollten,
- deren Mitglieder nicht von Ressentiments motiviert sein dürfen, um der Entwicklungspolitik nicht das Image des politischen Sektierertums zu geben,
- deren Stoßrichtungen vorhandene Institutionen nicht lähmen dürfen, sondern über sich hinaushelfen müssen.

Letzteres wurde immer wieder an dem Tatbestand demonstriert, daß in fast allen sozialistischen und marktwirtschaftlichen Industrienationen Entwicklungs-



politik nicht mehr ist als Außenpolitik mit anderen Mitteln. Läßt die herrschende Außenpolitik aber nicht eine eigenständige entwicklungspolitische Konzeption zum Zuge kommen, dann stört sie sich selbst. Dann nämlich entstehen außenpolitisch motivierte Prestigeprojekte in den Entwicklungsländern („Musterfarmen“ mit erheblichen jährlichen Defiziten, Bahnhöfe ohne Schienen usw.), die zwar im ersten Augenblick einen außenpolitischen Erfolg einbringen, die gleiche Außenpolitik dann aber auf Jahre hinaus belasten. Hier hat also die Entwicklungspolitik der Außenpolitik über sich selbst hinaus zu helfen.

Die Stoßtrupps könnten je nach Zusammensetzung folgende Arbeitsaufträge erhalten:

1. Dem Bundespräsidenten, der ja nicht so sehr von der Wählergunst abhängig ist, mit der Entwicklungspolitik das Instrumentarium für seine volkspädagogische Aufgabe zu liefern. Schließlich kann die Entwicklungspolitik helfen

- a) das Volk zu entprovinzialisieren,
- b) aus der Ost-West-Verkrampfung zu lösen,
- c) die Ansprüche der Interessengruppen zu relativieren,
- d) zu verhindern, daß in Wirtschaft und Politik die langfristigen Interessen durch hektische, kurzfristige Interessen blockiert werden.

2. Durch eine die Projektpolitik begleitende Publizistik und andere Einflußmöglichkeiten, auch um der Außenpolitik selbst willen, zu verhindern, daß die Entwicklungshilfe nichts mehr als Außenpolitik mit anderen Mitteln ist. Ohne eine eigenständige, entwicklungspolitische Konzeption sind die Hilfsleistungen, wie bereits gezeigt wurde, nicht funktionstüchtig und fallen langfristig gesehen der Außenpolitik zur Last. Das bedeutet gleichzeitig eine Reorientierung in der Rangfolge der Ministerien mit dem Ziel, daß der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit endlich eine größere Funktion erhält als die, nur Kassenwart der Hauptministerien zu sein.

3. In entwicklungspolitischen Großveranstaltungen die großen Interessengruppen der Gesellschaft auf ein entwicklungspolitisches Bekenntnis festzulegen, das es ihnen erschwert, bei Öffnung unserer Märkte für Produkte der Entwicklungsländer in einer wirtschaftsnationalistischen Trotzreaktion die notwendigen Schrumpfungsprozesse einiger Industriebranchen aufzuhalten. Gleichzeitig wären durch einen innenpolitischen Lastenausgleich als Umstellungshilfe die geforderten Opfer nicht nur zu einer Friedensleistung einzelner Industriebranchen, sondern zu der des ganzen Volkes zu machen.

4. Durch organisationssoziologisch richtiges Eingreifen die Verwaltungen für die Kooperation mit fremden Kulturen funktionsfähig zu machen. Die Terminverzögerungen, Verwaltungserschwerungen und Mißverständnisse durch mangelnde Kulturaufgeschlossenheit und fehlende situationsgerechte Dynamik der Verwaltungen machen viele an sich gute Hilfsprojekte sinnlos und führen bei



Gebern und Empfängern zu Verbitterung und Frustration. Die Delegierten der Entwicklungsländer wiesen immer wieder auf den Hang zur Perfektionierung hin, der etwa am Äquator deutsche Baunormen vorschreibt.

5. Durch Widerstand gegen Predigten mit provinziellem Problemniveau produktive Unruhe zu schaffen. „Die Kirchen sollten in Predigt und Unterricht und in der theologischen Ausbildung die biblische Sicht von der Einheit der Menschheit sowie ihre konkrete Bedeutung für die weltweite Solidarität aller Menschen und die Haushalterschaft über die Güter der Erde besonders herausstellen“ (Sektionsberichte, S. 53). Sie müssen bei jeder sich bietenden Chance der Kommunikation veranschaulichen, daß eine Gesellschaft verharmlost und geistig kaum lebens- bzw. zukunftsfähig ist, wenn sie eingefangen ist von der Schafstallidylle, wenn ihr Nah- und Fernziel konsumieren und verdauen darstellt, wenn für sie der letzte Weißmacher die Spitze der Wertehierarchie darstellt und wenn sie rührselige, aber unpolitische Familientragödien als die größten Menschheitsprobleme auffaßt.

6. Durch pressepolitische Arbeitsgemeinschaften Vorbereitung und Auswertung von entwicklungspolitischen Veranstaltungen, insbesondere für die Kommunalpresse, zu gewährleisten.

7. Durch informationspolitisch profilierte Beiträge den Irrtum der vulgärökonomischen Rede vom volkswirtschaftlichen Selbstmord der Entwicklungspolitik aufzudecken. Schließlich wachsen in den Entwicklungsländern nicht nur Konkurrenten, sondern ebenso interessante Partner auf dem Weltmarkt heran.

8. In Theologie, Kirche und Öffentlichkeit das ethische Mißverständnis auszuräumen, das davon ausgeht, es handelte sich bei der Entwicklungspolitik um die Alternativen Ethik (Opfer, Geschenke) einerseits und Interesse andererseits. In weit höherem Maße lauten die echten Alternativen: Hier kurzfristiges Interesse — hier langfristiges, d. h. wohlverstandenes Interesse. Letzteres erfordert jedoch erhebliche sittliche Energien, weil die Faszination kurzfristiger Interessen immer größer ist. Bringen wir aber die Interessen prinzipiell in den Bereich des ethisch Zwielfichtigen, des Verdächtigen und des sittlich Illegitimen, werden wir an Trotzreaktionen der Öffentlichkeit mitschuldig.

9. Eine „Zeitungspädagogik für Christen“ zu entwickeln, damit auch profane Fakten (z. B. das Scheitern der Weltzuckerkonferenz durch kurzsichtigen Nationalegoismus und überholte Strukturen) in politische Energien zur Wahrnehmung des Wächteramtes transformiert werden können.

10. Die Angemessenheit der kirchlichen Bautätigkeit und die Reduzierung auf das funktional unbedingt Notwendige zu beobachten.

11. Durch Korrektur vor allem kirchlicher Schul- und Unterweisungsliteratur eine theologische Neumotivierung der Weltverantwortung zu leisten.

12. Vor politischen Wahlen den sich bewerbenden Kandidaten einen entwick-



lungspolitischen Fragenkatalog vorzulegen, um „die Parlamentarier einem ständigen Trommelfeuer gezielter Befragung auszusetzen“ (Beirut, S. 51) (Fragenkatalog im Anhang).

13. Jede Chance zu nutzen, den entwicklungspolitisch engagierten Politikern Mut zu machen durch Demonstration des „Hinterlandes“ in der Wählerschaft.

14. Den Gemeinden bewußt zu machen, daß sie beim täglichen Einkauf vorzugsweise vom Warenangebot der Entwicklungsländer Gebrauch machen. Unsere Hilfe wird ihren tieferen Sinn erst dann erfüllen, wenn sie als Partner im Handel verstanden werden. Der individuelle Kaufentschluß, Waren aus dem umfangreichen Angebot aus den Entwicklungsländern zu entdecken und zu nutzen, ist Bestandteil der Entwicklungspolitik im erweiterten handelspolitischen Sinne.

15. „Erziehungsbehörden aufzufordern, die Information über Entwicklungsfragen in ihre Lehrpläne aufzunehmen“ (Sektionsberichte, S. 56).

16. Mit allen Mitteln zu verhindern, „daß weißer Rassismus eine aggressive Kraft bildet, die die Entwicklung bedrohen und verhindern kann“ (Sektionsberichte, S. 51).

#### *E. Revolutionäres Engagement*

Daß in den Entwicklungsländern selbst solche Stoßtrupps andere Aufgaben haben und in Grenzsituationen auch gewalttätig werden müssen, um herrschende, entwicklungsfeindliche Gewalten zu bekämpfen, wurde in Uppsala wie 1966 in Genf im großen und ganzen bestätigt. Aus den Beiträgen der Entwicklungsländer war jedoch die Enttäuschung darüber herauszuhören, daß bei ihren europäischen Gesprächspartnern die Revolution immer gleich das Image ihrer politischen Gegner in Geschichte und Gegenwart erhält. Es sei einfach ein typisch europäisches Mißverständnis, wenn man meint, Gewaltanwendung gehöre zum Wesen revolutionärer Konzeptionen.

Deshalb sagte M. M. Thomas, der schon 1966 in Genf zu den Wortführern der „Theologie der Revolution“ zählte: „Für mich ist eine kraftvolle Umformung der Gesellschaft, solange sie eine kräftige Umformung der Machtstrukturen, die eine wirkliche und verantwortliche Partizipation des Volkes in den Zentren der Gesellschaft und des Staates, in denen Macht ausgeübt wird, gestattet, dasselbe wie eine Revolution. Andernfalls machen wir, so scheint mir, die Strategie der Gewalttätigkeit zum wesentlichen Bestandteil der Revolution. Radikaler Wandel in der Machtstruktur als Träger sozialer Gerechtigkeit und nicht Gewalttätigkeit ist das Wesentliche der Revolution. Natürlich schließt jede Umformung der Machtstrukturen, besonders dann, wenn sie kraftvoll ist, offene und verdeckte Machtkämpfe ein, die gelegentlich Ausbrüche von Gewalttätigkeit mit sich bringen, auch wenn die Strategie der Revolution gewaltlos ist. Gewalttätigkeit ist potentiell immer gegenwärtig.“



Wie schon in Genf, so wurde auch in Uppsala wieder deutlich, daß damit keine Christianisierung der Revolution, keine Neuauflage von Waffensegnungen im Bürgerkrieg und keine neue Lehre vom gerechten Krieg gemeint sein konnte. Für völlig immobile Gesellschaftsstrukturen und damit für Ausnahmesituationen sollte vielmehr eine neue und menschenschonende Strategie der Revolution gesucht werden.

#### *F. Die kulturelle Dialogfähigkeit — ein vergessener Entwicklungsfaktor*

Die eigentlichen weltwirtschaftlichen Fachfragen klingen in dem unter VI aufgeführten Fragekatalog an und sind in den Berichten von Genf, Beirut und Uppsala leicht zugänglich. Anstatt sie hier zu wiederholen, mag der Raum genutzt werden, um ein Spezifikum christlicher Schau herauszuarbeiten.

#### *I. Der weite Weg zur Partnerschaft*

Die abgewogene Zusammenschau wirtschaftlicher und kultureller Aspekte im entwicklungspolitischen Dialog der Kontinente gehört zu den wesentlichen und unverzichtbaren geistigen Leistungen der ökumenischen Konferenz für „Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf. Sie hat die Diskussion um eine Dimension bereichert, die angesichts der zahlreichen Interessenprovinzen im „Entwicklungsgeschäft“ zu den vergessenen und unbedingt einzuübenden Horizonten gehört. Sie hat im Gegensatz zur interessenverhafteten, verkürzten Sicht die Sachdiskussion nicht auf das technisch und ökonomisch Machbare reduziert, sondern geholfen, darüber hinaus den Weg zur geistigen Partnerschaft und wachsenden Nachbarschaft der Kontinente freizulegen. Zwar haben auch die Soziologen bisher Wesentliches über den notwendigen Kulturwandel in den Entwicklungsländern gesagt und angesichts eines unreflektierten Gestaltungsoptimismus etwa die anschauliche Frage gestellt: „Wenn Menschenfresser mit Messer und Gabel essen — ist das schon Fortschritt?“ Aber interessanter- und vielleicht auch typischerweise beschränkten sie sich auf den Kulturwandel in den Entwicklungsländern und streiften nur sporadisch die Frage, welche wissens- und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für einen einführenden Dialog bei uns notwendig sind.

Die Befähigung zu einem partnerschaftlich angelegten Dialog nämlich würde die Versuchung vermeiden helfen, aus den Objekten ehemaliger Kolonialpolitik nun Objekte eines, vielleicht vom guten Willen geblendeten, postkolonialen Paternalismus zu machen. Sie würden uns vor einem kulturellen Überlegenheitsdünkel bewahren, der schon allzu oft, in Rourkela sogar im Großmaßstab, Ursache politischer Mißverständnisse und empfindlicher entwicklungspolitischer Rückschläge war. Deshalb wurde in Uppsala mit Recht gesagt: „Die Besten schließlich bringen oft einen intellektuellen Hochmut mit, weil sie überzeugt sind, die wissenschaftlich richtigen Lösungen zu kennen; oder aber sie versuchen, entweder



das kapitalistische oder das kommunistische Modell auf die Dritte Welt zu übertragen" (Sektionsberichte, S. 41). Wenn an die Stelle des säkularisierten Missionsstrebens, an unserer technisch-rationalen Kultur die ganze Welt heil werden zu lassen, und der geistigen Vormundschaft Partnerschaft tritt, erst dann ist eine wesentliche Vorbedingung zur Demokratisierung der Weltpolitik erfüllt. Wenn Entwicklung nicht nur ökonomisch versagt, sondern als sozio-kultureller Totalprozeß verstanden wird, und wenn die Industrienationen zur kulturellen Dialogfähigkeit entwickelt werden, erst dann ist Entwicklung der neue Name für Frieden. In diesem Sinne hat auch der Afrikaner Bolá Ige 1966 der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft zugerufen: „Es kann keinen Frieden geben in einer Welt, in der zwei Drittel der Menschheit von oben herab als die ‚Armen, die Unterentwickelten‘, ‚die Dritte Welt‘ oder heute ‚die neu erwachten Völker‘ genannt werden“<sup>1</sup>.

Wenn wir glauben, die Herausforderung der Weltarmut sei nur mit Geld zu beantworten, Gerechtigkeit sei lediglich die Abwesenheit von Hunger und Entwicklung, sei ein Fall internationaler Armenpflege, dann reichern wir den emotionalen weltpolitischen Sprengstoff gefährlich an. Schon unsere eigene Sozialgeschichte hat uns gelehrt, daß die Arbeiterfrage wesentlich mehr war als Arbeiterernährungsfrage. Sie war eine im weiteren Sinne kulturelle und politische Bewegung. Das dem Ökumenischen Rat in Uppsala vorgelegte Dokument des Ausschusses für Aufbau sozialer Projekte weist deshalb im Hinblick auf die kirchliche Entwicklungshilfe darauf hin: „Was sich an unausgesprochenem Paternalismus erhalten hat, ist geradezu erdrückend. Es ist absolut notwendig, daß an die Stelle des Paternalismus echte Partnerschaft tritt – eine Partnerschaft, in der anerkannt wird, daß beide Seiten etwas zu geben haben und daß die Sichtweite auf beiden Seiten eng und beschränkt ist“<sup>2</sup>.

Will die Kirche diejenigen, die nach Gerechtigkeit dürsten, verstehen lernen, will sie an den Wahrheitskern der großen Anfragen der Entwicklungsländer an uns herankommen und als Gewissen der Gesellschaft ihnen eine Plattform bieten, will sie ferner das Bedürfnis der protestierenden Jugend nach Spannung auf eine glaubhaftere Zukunft hin schöpferisch aufnehmen, dann wird sie sich daran beteiligen, neue Zielvorstellungen zu erarbeiten. Sie wird gleichzeitig damit für sich selbst und für die Gesellschaft bewußtseinsmäßige Entwicklungsimpulse gewinnen, wenn sie hilft, die ethische Weltsituation neu definieren zu helfen.

## II. Das Meinungsklima

Bitter haben sich die Journalisten auf der 2. Welthandelskonferenz darüber

<sup>1</sup> Bolá Ige, Politische und wirtschaftliche Probleme neuerwachter Völker, in: Appell an die Kirchen der Welt, Stuttgart/Berlin 1967, S. 67.

<sup>2</sup> R. Dickinson, Richtschnur und Waage, Genf 1968, S. 101.



beklagt, daß die Presse nur solche Berichte abkauft, die dem Leser einen leichten Überlegenheitsdünkel gestatten. Die Delegierten aus den Entwicklungsländern sagten immer wieder zu uns Deutschen: „Wir glauben euch alles; aber nur das nicht. Ihr seid die zweitgrößte Handelsnation der Welt. Es ist unmöglich, daß euer Volk so wenig weltwirtschaftlich mitdenkt und so sehr einem provinziellen Horizont verhaftet ist.“ Dafür gibt es Gründe in der Biographie unseres Volkes, Gründe, die auch gleichzeitig Auswege andeuten.

Ein Volk, dem nach zwei verlorenen Kriegen über Jahrzehnte hinaus die Rolle des internationalen Sündenbockes zugemutet wird, sucht nach Möglichkeiten, sich psychisch zu entlasten. Zunächst boten sich dem gestörten Selbstwertgefühl die ökonomische Aufbauleistung und ein gesteigerter Antikommunismus an. Nachdem diese psychologischen Hilfen schwinden und die öffentliche Meinung führungslos geworden ist, sucht sie nach einer Neumotivierung ihres Selbstwertgefühls. Nun droht die Entwicklungspolitik Haftpunkt aggressiver Affekte zu werden, die sich nach außen und nach innen richten. Nach außen, zu den Entwicklungsländern hin, wenden sich die Ressentiments einer wirtschaftsnationalistischen Trotzreaktion und nach innen die von Ressentiments geprägten Entwicklungsforderungen einer gewissen Entwicklungsromantik. Das sind zwei Extremreaktionen, zwischen denen zahlreiche Spielarten realistisch progressiver Art zu finden sind. Auf beide Extreme ist jedoch noch näher einzugehen.

1. Der autoritär strukturierte Überlegenheitsdünkel äußert sich in zahlreichen Klischeevorstellungen. „Heute gibt es“, so sagte die Professorin Jackson vor der Vollversammlung in Uppsala, „für die Kluft zwischen reichen und armen Nationen Hunderte von Erklärungen, die die Faulheit und die Leichtsinnigkeit der Menschen in den Entwicklungsländern hervorheben — ihre abfallenden Angebotskurven und ihre Neigung, ihr Geld bei Beerdigungen und Vergnügungen zu verschwenden.“

Mit solchen Vorstellungen wird insgeheim auch das Bild atlantischer Gesellschaft beweihräuchert; sie gilt als arbeitsam, energisch, klarsichtig und verantwortungsvoll. Aber auch hier dürfte es sich um die selbstgefälligen Täuschungen der Reichen handeln, um das so oft gesprochene Gebet des Pharisäers.“ Der die Komplexe kompensierende Überlegenheitsdünkel deutet alle Fakten möglichst so, daß sie seinem Bedürfnis entsprechen. So nimmt er nicht zur Kenntnis,

a) daß das goldene Bett immer noch in London zu haben ist und daß der Minister, der es kaufen wollte, politisch darüber gestolpert ist;

b) daß junge Regierungen, die noch verzweifelt um regierungsnotwendige Autorität kämpfen, auf demonstrativen Konsum angewiesen sind. Ein Minister in den betreffenden Staaten wird wohl kaum weniger als einen Mercedes 250 fahren können, während bei uns ein Minister durchaus Stimmen gewinnen kann, wenn er mit dem Fahrrad fährt;



c) daß einseitig ernährte und hungernde Menschen in heißen Zonen keine dynamischen Unternehmerpersönlichkeiten sein können. In einer Hitze von 45° würden bei uns viele überhaupt nicht mehr arbeiten, sondern den Krankenschein nehmen;

d) daß die heiligen Kühe den Glauben an ein zweites Erdenleben verkörpern. Gerade der Arme konzentriert seine Hoffnung darauf. Deshalb werden die heiligen Kühe erst bei wachsendem Lebensstandard religiös=überflüssig;

e) daß die jungen Nationen fast alle unbefriedigte Grenzprobleme haben und wir sie überfordern, wenn wir erwarten, daß sie die Kunst gewaltloser Konfliktregelungen verstehen. Aus der Geschichte Europas können sie dafür gewiß keine Modelle entnehmen;

f) daß Korruptionen und Vetternwirtschaft wesentlich durch fehlende soziale Sicherung und durch die tradierte Ordnung der Großfamilien verursacht sind.

„Man braucht nur ein bestimmtes Vokabular anzuwenden, um mühelos Götter in Götzen, Gesichter in Fratzen, Votivbilder in Fetische, Diskussionen in Palaver zu verwandeln und objektive Gegenstände und Sachverhalte bestimmten Vorurteilen zu unterwerfen“<sup>3</sup>.

Mit Recht ruft ein Vertreter des geistigen Afrikas Europa zu: „Die sogenannten entwickelten Völker, die so stolz auf das hohe Niveau sind, das sie mit ihrer ‚Zivilisation‘ erreicht haben, sollen ruhig über unseren Fatalismus lachen, den sie für einfältig und primitiv halten und den sie mit einer stumpfen Selbstaufgabe verwechseln. Dieser Fatalismus ist und bleibt dennoch die Quelle einer unermeßlichen Hoffnung. Er ist jene berühmte Kraft des Schwachen“<sup>4</sup>.

Auch die entwicklungsfeindliche Vulgäroökonomie denkt in provinziellen Beziehungskreisen und ruht auf einer Emotionalschicht von Stimmungen und aggressiven Aktionsbereitschaften. Nach dem abgebrochenen Attentatsversuch auf Kiesinger hatte der Verhaftete seine Vorbereitungen unter anderem damit motiviert, daß die Regierung soviel für die Farbigen übrig habe trotz großer Probleme im eigenen Land. Auch die Rede vom volkswirtschaftlichen Selbstmord, der die künftige Konkurrenz auf den Weltmarkt selbst großzieht, will nicht mehr verstummen.

2. Die Ressentiments nach innen hin sind dem Anschein zum Trotz nicht weniger entwicklungsfeindlich. Es gibt ein sehr ernsthaftes Nachdenken über Revolution und eine sehr substanzvolle Kapitalismuskritik. Aber auch die Gefahr der mit einer verkürzten Argumentationsreihe arbeitenden Entwicklungsromantik muß redlicherweise als solche angesprochen werden.

<sup>3</sup> Karlheinz Jahn, Muntu: Umriss der neoafrikanischen Kultur, Düsseldorf/Köln 1958, S. 20.

<sup>4</sup> Edouard Andriantsilaniarivo, Die Etappen des Kolonialismus, in: Ruprecht Paque: Afrika antwortet Europa, Frankfurt/Berlin 1967.



Das Sachgespräch endet bei ihnen sehr schnell beim Rüstungsetat, der einfach zur kürzen sei, so daß zwei Weltprobleme, nämlich Entwicklung und Abrüstung, mit einem Schlage gelöst werden. Das ist grundsätzlich richtig. Doch schon bei der einfachen Rückfrage, ob bei einer Verringerung der Rüstungsausgaben wir uns erheblich schneller an der Atomschwelle befinden, bleibt die Antwort aus. Ähnlich verkürzt argumentieren oft die Befürworter revolutionärer Entwicklungen. Die Möglichkeit einer revolutionären Entwicklung nach rückwärts, die Frage, was in den vielen Ländern geschehen soll, in denen die ultima ratio einer Revolution nicht in Frage kommt, bleibt oft ohne Antwort. Das legt den Verdacht nahe, daß dieses Entwicklungsengagement von Ressentiments nach innen hin motiviert ist und mitschuldig wird am schlechten Meinungsklima in unserer ständig angegriffenen Gesellschaft. Gewiß leben wir geographisch wie auch historisch auf Inseln des Wohlstandes. Doch sollte der, der auf der Insel steht, seine Energien nicht damit verbrauchen, daß er sich anklagt, auf der Insel zu sein.

Sicher in dem Bewußtsein, daß der gute Wille eines Tages bösartig reagieren kann, wenn ihm Reichtum immer nur vorgeworfen wird, hat Oswald von Nell-Breuning einmal gesagt (Die Zeit, 24. 12. 1965):

„Entwicklungshilfe kann also nicht darin bestehen, daß wir uns zugunsten der Entwicklungsländer arm machen. Um ihnen zu helfen, müssen wir im Gegenteil alles tun, um nicht nur reich und stark zu bleiben, sondern noch reifer und stärker zu werden. Diese Reichtumsvermehrung müssen wir allerdings zu einem guten Teil in den Entwicklungsländern anlegen (sogenannte Direkt-Investitionen). Aber auch das besagt nicht, daß wir diese Anlagen verschenken müssen... Ist es unsere Aufgabe, die ungeheuren Menschenmassen der Entwicklungsländer auf den jeweils von uns erreichten Stand der Produktivität nachzuziehen, so müssen wir ihnen darin ständig ein Stück voraus sein und dürfen diesen Vorsprung nicht verlieren. Das genügt aber nicht. Eines solchen ‚Gefälles‘ bedarf es nicht allein in der Produktivität, sondern auch in der dazu ‚komplementären‘ Lebenshaltung. Heißt das, die Entwicklungshilfe sei für uns nicht nur ein großartiges industriell-technisches Abenteuer und vielleicht ein glänzendes Geschäft (das kann sie unter günstigen Umständen sein), sondern überdies auch noch ein Vergnügen? Weit gefehlt! Soll den Entwicklungsländern wirksam geholfen werden, dann geht das nicht ohne durchaus fühlbares Opfer ab. Dieses Opfer besteht jedoch nicht darin, daß wir mehr (und darum länger) arbeiten, als wir um unser selbst willen nötig hätten. Praktisch-politisch heißt das: Wir dürfen unsere Arbeitszeit nicht in dem Maße kürzen, wie uns das freistünde, wenn es keine Entwicklungsländer gäbe, die auf unsere Hilfe angewiesen sind... So ist das Ganze keine Frage der Verteilung, sondern der Erzeugung, genauer gesprochen der Mehrerzeugung.“

### 3. Die Kirche und das öffentliche Meinungsklima.

Die frohmachende Nachricht des Glaubens, die die Kirche an die skeptische Welt auszurichten hat, will vor der Sünde einer provinziellen Horizontverengung,



vor kollektiv=geistiger Verfinsterung und vor kulturellen Vorurteilen bewahren, die heimlich die verantwortliche Weltgesellschaft mit neuen Todesstreifen durchziehen. Es mag sein, daß im Erwartungshorizont unserer Gesellschaft diese Funktion des Glaubens nicht mehr erscheint. Es mag sein, daß die Revolution der Zielvorstellungen kirchliche Potenzen mitleidig lächelnd weit hinter sich läßt. Das kann und soll aber nicht entmutigen, sondern Anlaß sein, die bislang brachliegenden Möglichkeiten energisch einzusetzen.

a) Dazu gehört ein kirchliches Organ, das in diesem Zusammenhang zunächst Erstaunen auslösen wird, nämlich die Mission. Es ist müßig, sich mit einer mehr oder weniger vergangenen Missionspraxis zu befassen, wenn es um Zielprojektionen der Zukunft geht. Eines dieser Ziele wird zweifellos die große Leistung einer geistigen Umbruchsdiakonie sein. Ein Volk ohne große Kolonialerfahrung, das der geistigen Selbstisolierung des Nationalismus und dann dem lähmenden Bann des Ost=West=Konfliktes ausgesetzt war, ist angewiesen auf einen Dolmetscherdienst der Missionen, die über wesentliche Eigenerfahrungen in den Entwicklungsländern verfügen. Eine geistige Umbruchsdiakonie würde bedeuten, daß die Missionsgesellschaften in ihrem eigenen Land einen Öffentlichkeitsauftrag haben, fremde Kulturen sachverständig zu deuten, das schlechte Image der Rassen zu korrigieren und die öffentliche Meinung auch zur konstruktiven Aufnahme selbst von Hiobsbotschaften aus den Entwicklungsländern einzustimmen. Das sollte keinesfalls Monopol einer Presse bleiben, die ein ethnozentrisches Gefälle besitzt. Eine Umkehrung des Gefälles würde den Entwicklungshelfern, Technikern und Beratern für ihre große pädagogische Aufgabe das geistige Rüstzeug geben und auch unsere Verwaltungen für eine konstruktive Kooperation mit bislang fremdartigen Kulturen öffnen. Hier ist von den Kirchen ein profilierter Beitrag zur kulturellen Entprovinzialisierung gefordert.

Die Aufgabe einer geistigen Umbruchsdiakonie bezieht sich auch auf die sogenannten „Missionsfelder“ selbst. Hier kann es nicht darum gehen, wachsende Kulturen und Wertvorstellungen zu negieren, sondern gefordert ist die Aktivierung entwicklungsfreundlicher Elemente in den großen Weltreligionen. Nach dem Vorbild des Apostels Paulus auf dem Areopag wären die Kulturen schöpferisch über sich hinauszuweisen. Deshalb hat in einer Resolution die Konferenz „Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf gefordert: „Die Untersuchung der konstruktiven Bedeutung nationaler und kultureller Selbstidentität und ihres Beitrages zu einer weltweiten verantwortlichen Gesellschaft“<sup>5</sup>.

Um den Hintergrund dieser Forderung zu verstehen, sei einigen Stimmen des geistigen Afrikas Raum gegeben: Sekou Touré forderte Widerstand gegen die europäische Entpersönlichungspolitik, forderte die geistige Entkolonisierung

---

<sup>5</sup> Appell an die Kirchen der Welt, Stuttgart/Berlin 1967, S. 258.



Afrikas und das Ende der geistigen Minderwertigkeitskomplexe der Kolonisierten. Für ihn sind die Afrikaner entwurzelte und verstümmelte Menschen, geistige Kriegsversehrte eines unsichtbaren Krieges, der in keinem Geschichtsbuch verzeichnet wird. Sie ringen verzweifelt um eine geistige Selbstbehauptung, um die Anerkennung auch als kulturelle Partner, dem Selbstachtung gestattet wird. Deshalb hat der schwarz-afrikanische Philosoph und Wirtschaftsminister Rababananjarz gesagt: „Es ist an der Zeit, Lebensanspruch und Stimme des Neger-tums so entschieden zu erheben, daß die Welt in ihren Grundfesten erschüttert wird“<sup>6</sup>.

Er faßte das geistige Ergebnis der Kolonial- und auch der Missionsgeschichte mit den Worten zusammen: „In uns leben mit der ganzen Fülle ihres Lebens und der ganzen Kraft ihres Daseins — andere Menschen als wir selber“<sup>7</sup>.

Eine geistige Umbruchsdiakonie wird die Suche nach historischer, kultureller und politischer Identität abstützen und damit einen möglichst bruchlosen Übergang in eine neue geschichtliche Phase intendieren. Solange das nicht geschieht, werden die Europäer in Rachepsalmen biblischen Stils als Feinde des afrikanischen Gottesvolkes erscheinen, werden die Affekte gegen die reichen und fremden Besserwisser und Besserköpfer angereichert und sich bei aufkommendem Nationalismus als Rache an der Verwestlichung entladen. Nur eine ökonomistisch verengte Weltsicht, eine soziologische Ahnungslosigkeit kann in einer solchen Situation glauben, die Revolutionen würden bei wachsendem Lebensstandard nachlassen. Das Gegenteil ist der Fall, wie die Erfahrung bereits zeigt.

b) Die Diakonie ist sehr früh ein Instrument für den einzelnen und Gruppen gewesen, sich in Entwicklungsfragen zu engagieren. Sie hat vor allem bei Katastropheneinsätzen wertvolle Hilfe geleistet. Sie hat einen Impuls abgegeben, über ein Problembewußtsein hinaus zum Aufgabenbewußtsein zu gelangen. Wird jedoch die öffentliche Meinung ausschließlich mit dem karitativen Spendemotiv angesprochen, dann wird so getan, als sei damit schon eine umfassende Antwort auf die Herausforderung der Weltarmut gefunden worden. Dann wird die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung vom Hauptproblem, nämlich der Öffnung unserer Märkte für Produkte der Entwicklungsländer, fortgelenkt auf ein Nebenproblem. Schließlich macht die kirchliche und staatliche Entwicklungshilfe nur einen Bruchteil des Schadens wieder gut, den die Entwicklungsländer durch die Welthandelssituation erleiden. Unsere wie auch immer gearteten Verpflichtungen aus der Kolonialzeit, also das Gerechtigkeitsmotiv, wird bei der erbarmenden Liebestätigkeit unterschlagen — ein Faktum, das zur Mitverantwortung der

---

<sup>6</sup> Rababananjarz, Kolonialzeit — Grundlage der Einheit, in: Ruprecht Paque: Afrika antwortet Europa, Frankfurt/Berlin 1967, S. 145.

<sup>7</sup> A.a.O., S. 143 f.



Kirche am Meinungsklima gehört. Hier bedarf es wesentlicher informationspolitischer Ergänzungen, auf die noch zurückzukommen ist.

c) Die evangelische Ethik hat relativ spät über die Individualethik hinaus Strukturen in den Blick bekommen. Sie blieb dabei statisch angelegt und ist erst dynamisiert worden durch die Einbeziehung des Zeitfaktors als ethische Kategorie, denn wir können nur noch unter Zeitdruck handeln und brauchen dringend nicht eine Ethik der Strukturen, sondern eine Ethik der Veränderung von Strukturen.

Die Diskussion um die Motivierung der Entwicklungshilfe wird ferner von einem ethischen Mißverständnis erheblich belastet. Wir tun so, als sei das ethisch besonders wertvoll, was einschneidende Opfer fordert, und schrecken unsicher zurück, wenn wir entdecken, daß das ethisch Gebotene auch unseren Interessen entspricht. Dadurch haben wir eine falsche Alternative: hie absichtslose Nächstenliebe — hie wirtschaftliches Interesse geschaffen und bei vielen eine kurzsichtig-egoistische Trotzreaktion hervorgerufen. Die wirklichen Alternativen sehen anders aus, nämlich: hie kurzfristiges Interesse — hie langfristiges Interesse. Allerdings bedarf es zur Wahrnehmung langfristiger Interessen in einer kurzlebigen Stimmungsdemokratie erheblicher moralischer Energien. Diese steigen jedoch übermäßig an, wenn wir das ethische Mißverständnis nicht ausräumen. In diesem Sinne wird das Meinungsklima und die Befähigung zum Dialog und zur bewußten Schicksalsgemeinschaft der Kontinente von der Kirche erheblich mitverantwortet. Das hat Visser 't Hooft sicher auch mitgemeint, als er vor der Vollversammlung in Uppsala sagte:

„Die Argumente, mit denen für die Entwicklungshilfe geworben wird, haben die Kraft verloren . . . So scheinen wir dazu verdammt zu sein, die Dinge treiben zu lassen und unseren Kindern eine Welt zu übergeben, in der es Hunger und Verzweiflung und als unvermeidliche Folge noch mehr Gewalttätigkeit geben wird, als wir in unserer Zeit erlebt haben . . .“

„Mir scheint, daß uns in unserem gegenwärtigen Dilemma keine Resolutionen und kein Moralisieren hilft, wenn wir nicht zuerst für unsere Theologie, unseren Unterricht und unsere Predigt die klare biblische Lehre von der Einheit der Menschheit wiederentdecken und unseren Kirchen so eine tragfähige Grundlage für einen neuen Zugang zum Problem der weltwirtschaftlichen Gerechtigkeit und eine bessere und überzeugendere Motivation für die Entwicklungshilfe geben.“

Eine tragfähige Grundlage kann nur eine Neumotivierung durch ein neues Motivbündel sein, bei dem Gerechtigkeit die Interessen nicht in den Bereich des ethischen Illegitimen verweist.

So bedeutet Entwicklung, wie Uppsala gezeigt hat, auch Entwicklung der Kirche selbst, ihrer Mission, ihrer Diakonie, ihrer Ethik, ihrer Strukturen und ihres gesamten Verantwortungshorizontes.



G. Anhang: Möglicher Fragenkatalog etwa für Gemeindeakademien mit Bundestagsabgeordneten im Wahljahr.

1. Welche Maßnahmen werden Sie vertreten, um zu verhindern, daß wegen Überschuldung der Entwicklungsländer der Kapitalrückfluß größer wird als die von uns gewährte Hilfe?

2. Was gedenken Sie zu tun, damit Entwicklungspolitik mehr wird als „Außenpolitik mit anderen Mitteln“?

3. Wie läßt sich erreichen, daß die vom freien Kapital in den Entwicklungsländern erwirtschafteten Gewinne auch dort wieder investiert werden und nicht durch Rückfluß die tödliche Devisenknappheit der Entwicklungsländer verstärken?

4. Welche Einfuhrbeschränkungen für Waren aus den Entwicklungsländern sollten in der nächsten Legislaturperiode aufgehoben werden?

5. Welcher Strukturwandel unserer Wirtschaft ist durch Öffnung unserer Märkte zu erwarten und wie kann ein innenpolitischer Lastenausgleich aussehen, um die damit verbundenen Opfer zu einer weltweiten Friedensleistung des gesamten Volkes und nicht nur einer Branche zu machen?

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß der Anteil der Schenkungen an der staatlichen Entwicklungshilfe mehr als 20% ausmacht, damit er auch für langfristige Strukturprojekte verwendbar ist?

7. In welcher Weise sollte das Parlament Kontrollen ausüben, um zu verhindern, daß unsere Hilfe entwicklungsfeindliche Feudalstrukturen festigt? Welchen Ländern leisten wir Militärhilfe und welchen Einfluß hat sie auf die anstehenden gesellschaftlichen Umbrüche?

8. Welche Steuern und internen Abgaben auf tropische Produkte wären sinnvoll abzubauen?

9. Welche Hilfe leisten wir, damit die Entwicklungsländer zu einer Wirtschaftsintegration untereinander und damit zu Großraumwirtschaften ähnlich der der EWG übergehen können?

10. Warum finden entwicklungspolitische Diskussionen im Bundestag vor nahezu leeren Bänken statt?

11. Werden Sie sich nachhaltig dafür einsetzen, daß die Bundesregierung das auf der Welthandelskonferenz in Neu-Delhi gegebene Versprechen einer Hilfe im Umfang von 1% vom Bruttosozialprodukt schon bald und nicht erst ab 1975 einlöst?

12. Welche Möglichkeiten gibt es, unsere Verwaltungen im Hinblick auf fremde Kulturen kooperationstüchtig zu machen? Müssen z. B. deutsche Bau-normen auch am Äquator gelten und führt der damit verbundene Zeitverlust



nicht oft zu unnötigen Ver bitterungen, die ganze Projekte wieder in Frage stellen?

13. Welche Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Ost und West in den Entwicklungsländern sollten angestrebt werden?

14. Werden Sie sich für eine charakterliche Auslese solcher einsetzen, die den Wehersatzdienst als Entwicklungshelfer ableisten wollen?

15. An welcher Stelle haben Sie vergeblich auf ein Engagement der Kirchen bzw. Christen gewartet?

## Ökumenische Diakonie

Folgerungen aus Sektion III

VON THEODOR SCHÖBER

Der Bericht der Sektion III basiert zu großen Teilen — manchmal sogar wörtlich — auf dem „Bericht der Konferenz für weltweite Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen“, Beirut 1968. Dieser Beiruter Bericht wurde in Uppsala wegen seiner inhaltsreichen Aussagen und auch als Symbol der beginnenden Zusammenarbeit zwischen Genf und Rom zu einem offiziellen Dokument erklärt.

Beide Berichte sind undenkbar ohne die Ergebnisse der Genfer Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft von 1966. Im wesentlichen wurden die Ergebnisse von Genf weder durch Beirut noch durch Uppsala überholt, sieht man einmal von einigen konkreten Anregungen ab.

In Abschnitt II/5 des Berichtes Sektion III wird auch die päpstliche Enzyklika „Populorum Progressio“ von 1967 als für seine Orientierung ausschlaggebend hervorgehoben. Im Bericht der Sektion III wird aber auf keine der päpstlichen Anregungen eingegangen (z. B. Weltsteuer), deren Akzente ohnehin anders liegen.

Der eigentliche Wert des Berichts der Sektion III muß in seinem leidenschaftlichen und rückhaltlosen Engagement für die Notleidenden in der Welt gesehen werden. Dieser Bericht will der kleinmütigen Gewöhnung an die Nöte der Welt den Kampf ansagen, Resignation und Trägheit entgegentreten und Dringlichkeit und Ausmaß unseres kirchlichen Beitrags zur Weltentwicklung aufzeigen.